

Weniger Neubaugebiete und weniger Platz für Windräder

Planungsverband stellt Entwurf für Entwicklung der Region bis 2020 vor / Offenlage von Mitte Mai bis Juli

mch. RHEIN-MAIN. 2500 Hektar für neue Wohngebiete und 2200 Hektar für Gewerbe: Das sieht der Entwurf des regionalen Flächennutzungsplans vor. Äußerst zufrieden zeigt sich darüber Planungsverbandsdirektor Stephan Wildhirt (SPD), als er diese Zahlen vorstellt. Der Plan soll gewährleisten, dass sich der Ballungsraum bis 2020 gut entwickeln kann, ohne einem exorbitanten Flächenverbrauch das Wort zu reden. Im Februar soll der Entwurf von den 75 Verbandskommunen beschlossen und voraussichtlich von Mitte Mai bis Mitte Juli von den Bürgern und Kommunen beurteilt werden.

Der Plan, der 2010 in Kraft treten soll, enthält auch Vorgaben zur Windenergie: Die sogenannten Wind-Vorrangflächen wurden noch einmal stark reduziert: Von

14 Arealen ist noch die Rede, das sind 0,35 Prozent der Verbandsgebietsfläche.

Vor knapp drei Jahren hatte Wildhirt noch einen Vorentwurf vorgelegt, der – in einem ersten Verfahrensschritt – 66 Vorrangflächen enthielt. Aber vor allem sah der Vorentwurf noch deutlich mehr Flächen zur Bebauung vor: 25 Prozent mehr für Wohnungen, 21 Prozent mehr für Gewerbe. Entscheidend wird nun sein, wie die Kommunen – allen voran die Stadt Frankfurt, aber auch Offenbach und Hanau – auf den Entwurf reagieren. Frankfurt hatte im Sommer 2007 die damals vorliegende Planung fundamental kritisiert: Es seien zu viele Bauflächen und noch dazu an den falschen Orten ausgewiesen worden. Statt diese in den Zentren zu konzentrieren, waren viele Wohn- und Gewerbe-

flächen im „zweiten Ring“ um Frankfurt vorgesehen, aus Frankfurter Sicht in der Peripherie: in den Wetteraukommunen Wölfersheim und Florstadt, in Städten des Main-Kinzig-Kreises wie Langenselbold oder Nidderau und im Hintertaunus, in Weilrod oder Grävenwiesbach.

Der SPD-Politiker Wildhirt meldet nun, dass Wohnbauflächen vor allem im Nordosten des Ballungsraums gestrichen wurden. Auch Areale, die nicht an öffentlichen Verkehrsachsen lägen, habe man reduziert. So etwa in Niddatal, das im Stadtteil Ilbenstadt fast acht Hektar weniger Wohnbaugebiete bekomme, da es keinen Nahverkehrsanschluss gebe. Auch Frankfurt muss auf mindestens 100 Hektar Fläche verzichten: Das große Wohnviertel „Silogebiet West“ entfällt, weil es gemäß der

Seveso-II-Richtlinie zu dicht an die Chlorgasverladestation des Industrieparks Höchst heranreichte; andere Gebiete würden nach einem Ausbau des Frankfurter Flughafens zu niedrig überfliegen.

Bei den Gewerbeflächen ist es schwer abzuschätzen, wie viele Flächen tatsächlich aus den Plänen gestrichen wurden. Die CDU, die über die absolute Mehrheit in der Verbandskammer verfügt, definiert nämlich die Gewerbezuwachsflächen neu: Jede Fläche, die schon im Ansatz beplant wird, zählt nicht mehr als potentielle Zuwachsfläche und wurde gestrichen. So sind zwar 600 Hektar möglicher Gewerbeflächen nicht mehr aufgeführt, von einer Bebauung ausgenommen sind Wildhirt zufolge aber tatsächlich nur 300: Die anderen 300 Hektar firmieren als Bestand.